

Hinweisgeberschutzgesetz		 Stanz-, Feinstanz-, Stanzbiegetechnik
Datenschutzerklärung für die Beschäftigten		
Rechtliche Grundlage	§ 17 Verfahren bei der internen Meldestelle	

Datenschutzerklärung für die Nutzung unserer internen Meldestelle

Die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten ist eine wichtige, unumgängliche Tätigkeit, die wir mit der bestmöglichen möglichen Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit erfüllen.

Mit dieser Datenschutzerklärung informieren wir Sie über die Art und Weise sowie die Zwecke unserer Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der Nutzung unserer internen Meldestelle.

Für Fragen und/oder Anregungen stehen wir Ihnen jederzeit zur Verfügung.

1. Name und Anschrift des Verantwortlichen

Der Verantwortliche im Sinne der Datenschutz-Grundverordnung und anderer nationaler Datenschutzgesetze der Mitgliedsstaaten sowie sonstiger datenschutzrechtlicher Bestimmungen ist:

Egon Großhaus GmbH & Co. KG
Bonzelerhammer
D-57368 Lennestadt
Telefon: +49 (0) 2721 / 837-0
Fax: +49 (0) 2721 / 837-289
E-Mail: info@grosshaus.de

<https://www.grosshaus.de/>

2. Name und Anschrift unseres Datenschutzbeauftragten

für Fragen und als Ansprechpartner zum Thema Datenschutz steht Ihnen unsere Beauftragte für den Datenschutz (Datenschutzbeauftragte) jederzeit zur Verfügung. Die Kontaktdaten sind:

Frau Rechtsanwältin
Michaela Dötsch
Breslauer Straße 5a
58511 Lüdenscheid
doetsch@Kanzlei-Doetsch.de

3. Datenverarbeitung bei Nutzung der Hinweisgeberstelle

a) Art und Umfang der Verarbeitung personenbezogener Daten, Weitergabe an Dritte

Wenn Sie einen Gesetzesverstoß an unsere interne Meldestelle geben möchten, steht Ihnen hierfür die durch uns beauftragte Ombudsperson Frau Rechtsanwältin Michaela Dötsch zur Verfügung. Diese Ombudsperson erreichen Sie wie folgt:

Frau Rechtsanwältin
Michaela Dötsch
Breslauer Straße 5a
58511 Lüdenscheid
doetsch@Kanzlei-Doetsch.de

Telefon und Mobilbox: 0176 732 346 78

Im Bedarfsfall und auf Nachfrage steht Ihnen die Ombudsperson auch für ein persönliches Treffen zur Verfügung. Nehmen Sie diese Möglichkeit wahr, so werden alle Daten und Informationen, die Sie telefonisch und/oder per Mail bzw. persönlich der Ombudsperson mitteilen, an unsere interne Meldestelle übermittelt und von dieser bearbeitet. Dabei werden folgende Angaben von uns gespeichert und verarbeitet:

- Vor- und Nachname
- Datum und Uhrzeit der Kontaktaufnahme
- Name des Unternehmens, auf den sich der Hinweis bezieht
- Telefonnummer und/oder E-Mail-Adresse
- Ihre Angaben zum gemeldeten Vorfall (bspw. Namen von Personen, die Gegenstand der Meldung sind oder sonstiger in der Meldung genannter Personen, sachverhaltsbezogene Informationen)
- optional bei Mail: Möglichkeit des Beifügens von Dateien

Die Verarbeitung der personenbezogenen Daten aus Ihrer Meldung dienen unserer internen Meldestelle allein und ausschließlich zur Bearbeitung Ihres Hinweises. Unsere interne Meldestelle ist befugt, mit Ihnen per Mail oder per Telefon in Kontakt zu treten, um Ihnen bspw. den Eingang Ihrer Meldung zu bestätigen oder Sie über den Stand der Bearbeitung Ihrer Meldung zu informieren. Die interne Meldestelle ist gesetzlich zur Vertraulichkeit verpflichtet, das heißt, die Identität Ihrer Person als Hinweisgeber ist oberstes Prinzip, sofern die gemeldeten Informationen Verstöße betreffen, die in den Anwendungsbereich des Hinweisgeberschutzgesetzes fallen oder Sie zum Zeitpunkt der Meldung hinreichenden Grund zu der Annahme hatten, dass dies der Fall sei. Das heißt, dass die von Ihnen übermittelten personenbezogenen Daten, die Aufschluss über Ihre Identität geben (wie bspw. Ihr Vor- und Nachname, aber auch sämtliche Informationen, aus denen sich die Identität Ihrer Person ableiten lassen), ausschließlich von Personen, die für die Entgegennahme der Meldung oder für das Ergreifen von Folgemaßnahmen zuständig sind, sowie von Personen, die sie bei der Erfüllung dieser Aufgaben unterstützen, verarbeitet werden.

Sofern es für das Ergreifen von Folgemaßnahmen erforderlich ist, dass Ihre Identität weiteren Personen/Stellen bei Firma und/oder gegenüber Dritten offengelegt werden müssen, so geschieht dies nur nach Ihrer vorherigen ausdrücklichen Einwilligung in die Offenlegung. Diese Einwilligung wird die interne Meldestelle, sollte es im Einzelfall erforderlich sein, bei Ihnen separat abfragen.

Unter den in § 9 Abs. 2 HinSchG genannten Voraussetzungen darf die interne Meldestelle die Identität Ihrer Person auch ohne Ihre Einwilligung an die zuständige Stelle weitergeben. Das können bspw. Strafverfolgungsbehörden in Strafverfahren, zuständige Stellen in einem der Meldung nachfolgenden Verwaltungsverfahren, einschließlich verwaltungsbehördlicher Bußgeldverfahren oder Gerichte aufgrund gerichtlicher Entscheidungen sein.

Unter Wahrung des Vertraulichkeitsgebots ist unsere interne Meldestelle des Weiteren auch dazu befugt, das Verfahren zwecks weiterer Untersuchungen an eine bei uns für interne Ermittlungen zuständige Stelle oder an eine zuständige Behörde abzugeben. Zu diesen Zwecken kann unsere interne Meldestelle die nicht der strengen Vertraulichkeit unterliegenden personenbezogenen Daten auch gegenüber den vorgenannten Stellen/Personen offenbaren, sofern dies für die Durchführung der Folgemaßnahmen zwingend erforderlich ist. Eine weitere Übermittlung Ihrer personenbezogenen Daten, insbesondere in ein Drittland findet nicht statt. Im Rahmen des Betriebs der internen Meldestelle bedienen wir uns zur Unterstützung der Entgegennahme Ihrer Meldung eines externen Dritten, nämlich einer Ombudsperson der Rechtsanwältin Michaela Dötsch. Diese Ombudsperson ist von uns beauftragt und angewiesen, Ihre Meldung entgegenzunehmen, Ihnen den Eingang Ihrer Meldung zu bestätigen, mit Ihnen Kontakt zu halten, Ihre Meldung auf Stichhaltigkeit zu prüfen und unserer internen Meldestelle einen Vorschlag für Folgemaßnahmen auszusprechen. Die Ombudsperson gibt Ihnen auch eine Rückmeldung zu Ihrem Hinweis. Dieser externe Dritte bzw. die Ombudsperson wird von uns sorgfältig ausgewählt, ist an unsere Weisungen gebunden und wird regelmäßig kontrolliert.

b) Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung

Wir sind nach § 12 Abs. 1 HinSchG zur Einrichtung und zum Betrieb einer internen Meldestelle, an die sich Beschäftigte wenden können, gesetzlich verpflichtet. Rechtsgrundlage für die Datenverarbeitung im Zusammenhang mit dem Betrieb unseres Hinweisgeberportals ist § 6 Nr. 6 DSGVO / Art. 6 Abs. 1 lit. c) DSGVO i.V.m. § 10 HinSchG. Soweit wir für Verarbeitungsvorgänge personenbezogener Daten eine Einwilligung von Ihnen einholen, ist § 6 Nr. 2 DSGVO / Art. 6 Abs. 1 lit. a) DSGVO Rechtsgrundlage.

c) Zweck der Datenverarbeitung

Die Verarbeitung Ihrer im Rahmen der Nutzung unserer internen Meldestelle übermittelten personenbezogenen Daten dient uns ausschließlich der Erfüllung der uns von Gesetzes wegen obliegenden Aufgaben, d.h. der Durchführung des Verfahrens bei internen Meldungen nach § 17 Hin-SchG und dem Ergreifen von Folgemaßnahmen nach § 18 HinSchG durch unsere interne Meldestelle.

d) Dauer der Datenverarbeitung

Die von Ihnen im Rahmen der Nutzung unserer internen Meldestellen bereitgestellten personenbezogenen Daten werden für die Dauer der Bearbeitung Ihrer Meldung einschließlich der Durchführung der ergriffenen Folgemaßnahmen durch die interne Meldestelle verarbeitet und gelöscht, sobald der Zweck der Speicherung entfällt.

Nach § 11 Abs. 1 und 5 HinSchG sind wir verpflichtet, eingehende Hinweise unter Beachtung des Vertraulichkeitsgebots zu dokumentieren und diese Dokumentation drei Jahre nach Abschluss des Verfahrens aufzubewahren und anschließend zu löschen, es sei denn wir sind aus gesetzlichen Gründen zu einer längeren Speicherung verpflichtet oder berechtigt.

4. Rechte der betroffenen Person

Bei der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten haben Sie uns gegenüber folgende Rechte hinsichtlich der Sie betreffenden personenbezogenen Daten:

▶ Recht auf Auskunft, § 19 DSGVO / Art. 15 DS-GVO;
▶ Recht auf Berichtigung oder Löschung, §§ 20 und 21 DSGVO / Art. 16 und 17 DS-GVO;

▶ Recht auf Einschränkung der Verarbeitung, § 22 DSGVO / Art. 18 DS-GVO;

▶ Recht auf Widerspruch gegen die Verarbeitung, § 25 DSGVO / Art. 21 DS-GVO;

▶ Recht auf Datenübertragbarkeit, § 24 DSGVO / Art. 20 DS-GVO. Hierzu sowie zu weiteren Fragen zum Thema Schutz Ihrer personenbezogenen Daten können Sie sich jederzeit über die unter Abschnitt 1 angegebenen Kontaktdaten an uns wenden.

Sie haben weiterhin das Recht, sich bei der für uns zuständigen Datenschutz-Aufsichtsbehörde über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns zu beschweren, § 46 DSGVO / Art. 77 DS-GVO 1. Eine durch Sie erklärte Einwilligung in die Verarbeitung personenbezogener Daten können Sie uns gegenüber jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch den Widerruf nicht berührt.

5. Information über Ihr Recht zum Widerspruch nach § 25 DSGVO / Art. 21 DS-GVO

Wenn die Datenverarbeitung auf Grundlage von § 6 Nummer 3, 4 oder 8 DSGVO / Art. 6 Abs. 1 lit. e) oder lit. f) DS-GVO erfolgt, haben Sie jederzeit das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Die jeweilige Rechtsgrundlage, auf denen eine Verarbeitung beruht, entnehmen Sie dieser Datenschutzerklärung. Wenn Sie Widerspruch einlegen, werden wir Ihre betroffenen personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten, es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen oder die Verarbeitung dient der Erfüllung von rechtlichen Pflichten, der wir unterliegen.